

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**
Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
 Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596
Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonellseite oder deren Raum 1.00 Mt., bei Platzwortdruck 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mt.; Reklame-Kolonellseite 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Abrechnung mit der Fahr-Regierung im bayerischen Landtag.

München, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des bayerischen Landtags kamen die Interpellationen der USPD. und der SPD. wegen Ermordung des Genossen Gareis zur Beratung. Der Landtag und die Tribünen waren überfüllt, der Platz des Genossen Gareis war mit einem Lorbeerzweig mit roter Schleife und einem Rosenkranz geschmückt. Die Interpellation der USPD. begründete Genosse Neumann. Er griff die bayerische Regierung aufs schärfste an, der er die Mitschuld an dem verübten Verbrechen zuschob, weil sie nichts gegen die Mordherge unternehmen habe und weil sie den Mord geschaffen habe, auf dem der Mord geübt worden konnte. Er wandte sich vor allem gegen die Versuche der bürgerlichen Presse, den Eindruck zu erwecken, als ob Gareis das Opfer einer Liebesaffäre geworden sei und wies diese niederträchtigen Verleumdungen aufs schärfste zurück. Er führte aus: „Die Ursachen des Mordes liegen wo ganz anders. Gareis war der einzige Zeuge, der in dem Mordprozess gegen Böhm-Pollinger den Mörder gefährlich werden konnte. Deshalb und weil er die Einwohnerwehr als das bekämpfte, was sie ist, als konterrevolutionäre, bewaffnete Organisation, wurde Gareis ermordet. Derselben Kreise, die andre Mordüberfälle in München verübt haben, immer wo es sich um Waffen der Einwohnerwehr handelte, dieselben Kreise haben auch den Mörder gestellt, der Gareis niederschoss.“ Während auf der einen Seite Bürgerliche offen zum Mord aufzufordern dürfen, wird das Organ der Arbeiterkraft, der Kampf, verboten, wenn er sich gegen die Mordherge wendet. Wenn aber die Zeitungen der Rechten offenen Mord predigen und die Methode der italienischen Faschisten predigen, dann vergessen Sie nicht, meine Herren von der Rechten, daß die italienischen Arbeiter sich diese Methoden, mit denen man sie bekämpfte, anzupassen wußten und die faschistischen Mörder niedergeschossen und aufgehängt haben, wo sie ihrer habhaft wurden. Wenn Sie immer den Mord predigen, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn sich Ihre eigenen Methoden eines Tages gegen Sie selbst wenden.“ Genosse Neumann ging dann noch im einzelnen auf die Einwohnerwehrfrage ein und auf das schändliche Treiben der Halantkreuzer in München, das ungefährlich sich weiter entfallen könne. Die Regierung könne sich nur halten durch rückwärtssteigende Polizeimaßnahmen und würde mit diesen fallen. Der Kampf der USPD. ist darauf gerichtet, auch in Bayern die republikanische Verfassung zur Geltung zu bringen, und dieser Kampf wird auch mit dazu beitragen, in Bayern Zustände herbeizuführen, die es unmöglich machen, in Zukunft noch von Bayern als von einer Mörderzentrale zu sprechen. Heute wird der Ministerpräsident v. Rahr und voraussichtlich auch noch Justizminister Dr. Roth die Interpellation beantworten.

Die furchtbare Gruben-Katastrophe bei Herne 83 Tote — 72 Verletzte.

Herne, 21. Juni. (W.F.) Die Zahl der Opfer, die die furchtbare Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche Mont Cenis in Solfingen gefordert hat, ist jetzt endgültig festgestellt. Es wurden 79 tote und 72 verletzte Bergknappen zutage gefördert. Von den Schwerverletzten, die im Bergmannshotel in Wossum Aufnahme gefunden haben, sind bisher vier gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf insgesamt 83 beläuft. Das Unheil entstand offenbar durch einen Sprengschuß in einem Schlagwetterreichen Kohlenflöz, denn unmittelbar nach dem Losgehen des Schusses erfolgte eine zweite gewaltige Detonation, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Toten sind zum Teil erschlagene Verunglückte, andre wurden durch die Gewalt der Explosion zerschmettert und furchtbar verblutet. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß ein Bergmann, der etwa eine Viertelstunde von dem Explosionsherd entfernt eine Maschine bediente, gegen einen Stempel geschleudert und schwer verletzt wurde.

Die Untersuchung über die Ursachen der furchtbaren Katastrophe ist noch nicht abgeschlossen. Ein vorläufiger Bericht meldet folgendes:

Berlin, 21. Juni. Zu der Grubenkatastrophe bei Herne erfährt die Tel.-Union, daß die Untersuchung über die Ursache des Unglücks noch nicht abgeschlossen ist, daß aber mit großer Wahrscheinlichkeit Schlagwetterexplosion mit nachfolgender Kohlenstaubexplosion angenommen werden dürfte. Zwei Kommissare des Handelsministeriums haben sich Dienstagmittag nach dem Schauplatz der Katastrophe begeben.

Nach dieser, wie bemerkt, von der unternehmerfreundlichen Telegraphen-Union verbreiteten Meldung hat also nicht nur eine Schlagwetter-, sondern auch eine Kohlenstaubexplosion stattgefunden. Das läßt darauf schließen, daß, wie auf so vielen andern Zechen, auch auf der Zeche Mont Cenis die Verletzungsanfragen nicht in Ordnung gewesen sind. Diese Anlagen sind, wie so manche andre auch, während des Krieges vollständig vernachlässigt und teilweise geradezu gebrauchsunfähig geworden. Es muß deshalb mit allem Nachdruck gefordert werden, daß alle diese Anlagen zum Schutze der Bergarbeiter endlich wieder in gebrauchsfähigen Zustand gesetzt werden. Die Bergarbeiter, die im Interesse der Allgemeinheit bereits die schwersten Opfer gebracht, haben das größte Recht zu fordern, daß sie bei ihrer ständigen lebensgefährlichen Arbeit in der weitestgehenden Weise geschützt werden.

Großer Brand auf der Zeche Mont Cenis.

Herne, 21. Juni. In der Nacht zum Mittwoch brach, wie die Herner Zeitung berichtet, in der Kokerie der Zeche Mont Cenis ein großer Brand aus. Es wurden sofort alle Wehren der umliegenden Zechen zur Hilfe herbeigerufen. Seit ein Uhr nachts besteht die Hoffnung, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Der Kampf in Kleinasien.

Griechenland lehnt die Vermittlung ab?

London, 22. Juni. (H.F.) Daily Mail erfährt aus Athen, daß die griechische Regierung eine militärische Aktion in Kleinasien für notwendig hält, um den Frieden im Orient wiederherzustellen. Die griechische Regierung sei entschlossen, jede Intervention abzuschneiden, die die in Vorbereitung befindlichen Operationen verzögern könnte.

Der Zusammenritt des Obersten Rates.

Wafel, 22. Juni. (H.F.) Nach Pariser Blättermeldungen soll der Zusammenritt des Obersten Rates am 10. Juli in Boulogne oder einem andern Küstenort des Narmannens erfolgen. Neben der Besprechung der Antwort Griechenlands wird sich der Oberste Rat mit der obersten politischen Frage beschäftigen.

Die bolschewistischen Truppen auf dem Marsch nach Ungarn.

Wiga, 21. Juni. (H.F.) Nach Meldungen der bolschewistischen Presse aus Moskau haben die Vortruppen der roten Südarmee bereits einen Punkt etwa 60 Meilen westlich von Exzerum erreicht und sind auf dem Marsche nach Ungarn begriffen, um sich mit den Kemalisten zu vereinigen. Diesen Vortruppen folgt die Kernmasse der 11. roten Armee unter dem Kommando des Generals Lewandowski.

Neue Vorschläge Kemals an Frankreich.

Paris, 21. Juni. Nach einer Blättermeldung aus Athen hat der Abgesandte der französischen Regierung, der frühere Minister Franklin Bouillon, Ankara wieder verlassen. Er überbringt Frankreich neue Vorschläge der kemalistischen Regierung.

Die indischen Mohammedaner gegen das Eingreifen Englands.

Stutfa, 20. Juni. Reuter meldet: Ein mohammedanischer Nationalführer erklärte in einer Rede, eine britische Aktion gegen die Kemalisten würde von den indischen Mohammedanern als ein endgültiger Schlag gegen das Kaschaf betrachtet und das Zeichen für einen neuen Ausbruch der Kaschafagitatio bilden.

Zum 5. Deutschen Städte- tag.

Am 23. Juni tritt in Stuttgart der fünfte deutsche Städte- tag zu einer Beratung zusammen, die für ganz Deutschland von hohem Interesse und großer Bedeutung ist. Im deutschen Städte- tag sind alle Städte Deutschlands über 50 000 Einwohner zu einer Interessengemeinschaft vereinigt. Welche Bedeutung eine solche große Gemeinschaft hat, bedarf bei dem deutschen Städte- tag keiner näheren Darlegung. Die Städte haben die Politik des Reiches und der Bundesstaaten in hohem Maße schon vor dem Kriege und erst recht während des Krieges beeinflusst; ja während des Krieges waren sie es in der Hauptsache, die das vier- jahrige Durchhalten gesichert haben. Wenn es nach dem Lande gegangen wäre, hätte der Krieg kein Jahr gedauert, denn dort fanden die Ueberparteiellen nichts als Gewinne scheffeln, sei es durch die Produkte, die sie an die Städte absetzten, sei es durch die Lieferung an das Militär und das Reich.

Die Städteparlamente sind bis zum Kriegsende in der Hand der Bestehenden gewesen; vielfach dominierten in ihnen die kurz- sichtigen, lokalorientierten Hausbesitzergruppen. Die Arbeiterschaft war durch Klassenwahlrechte ausgeschlossen, oder wenigstens ein- flusslos gemacht. Die Verwaltung aber war ausschließlich in der Hand bürgerlicher Politiker, die es als eine Entheiligung der Stadtverwaltung betrachteten, wenn etwa einem Arbeiter- vertreter in ihre Kreise Zutritt gewährt worden wäre. So waren die Bürgerlichen fast ganz unter sich und paßten ihre Gemeindepolitik ganz ihren privaten Klasseninteressen an. Die großen Aufträge der Gemeinden kamen all ihren Klassengenossen zugute. Die bürgerlichen Vertreter bekämpften denn auch heute noch mit Hartnäckigkeit und Heftigkeit jeden Fortschritt zum Eigenbetrieb. Sie bezeichneten sie als sozialdemokratisch und suchten so die Ein- wohnerchaft gegen diese Forderungen aufzurufen, obwohl sie ganz genau wissen, daß dies mit Sozialismus nichts zu tun hat. Für sie sind die Städte eben Ausbeutungsobjekte, wie das Reich es für die Großkapitalisten und Agrarier ist. In einem Gemein- wesen, woran sie keinen Profit machen können, haben sie auch kein Interesse. Dies zeigt sich besonders seit der Revolution. Gemeinnützigkeit ist ihnen, wenn kein Gewinn zu machen ist, eine verwerfliche Sache. Deshalb werden ja auch die Gegenfälle in den Gemeindeparlamenten zwischen den Vertretern der Arbeiter- schaft und denen der Kapitalisten immer größer und schärfer.

Während des Krieges ist die Politik der Städte ganz auf die Kriegsinteressen eingestellt worden. Ihre Finanzen wurden zur Verfügung gestellt, um Unterstützung für die Kriegesfamilien zu zahlen, denn von 12 Mark Unterstützung, wie sie das Reich- gesetz vorsah, konnte eine Kriegesfamilie natürlich nicht einen Monat leben. So wurden die Stadtfinanzen für Kriegszwecke in hohem Maße in Anspruch genommen. Auch zu Mittelbehalten, die den Grundstücksbesitzern in die Tasche flossen, wurden die städtischen Mittel in ziemlichem Umfange verwandt. Aber in noch höherem Maße war es der Fall, als die Städte die Nah- rungsmittelbeschaffung und den Vertrieb übernehmen mußten. Die Hauptaufgabe der Gemeindepolitik war die Niederhaltung der arbeitenden Bevölkerung während des Krieges. Die Gemeindefinanzen wurden durch eine solche Politik jerrüttet und die Gemeinden selbst, wie das Reich, schließlich bankrott.

Ein anderes kam noch hinzu, das die Gemeinden in die aller- schwierigste Lage brachte: das Reich nahm ihnen die Quelle der Einkommensteuer weg und verwies sie auf die indirekten Steuern, die es aber selbst noch in großem Umfange erhebt. Die Gemein- den sollen nun die großen Kriegsschulden zahlen, sie sollen die großen sozialpolitischen und anderen Aufgaben erfüllen und sie haben dazu keine Mittel. In ihnen rächt sich jetzt die verbreche- rische Kriegspolitik doppelt.

Seit der Revolution sind nun die Städteparlamente anders zusammengesetzt, als vorher; die Arbeiterschaft ist in größerer Zahl in ihnen vertreten. Dagegen ist die alte Verwaltungs- bürokratie noch überall im Amt, wodurch sich nun der Gegen- satz zwischen beschließender und verwaltender Körperschaft immer mehr herausstellt. Die alten Vorrechts-Verhältnisse haben überall dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht weichen müssen. Die alten Magistratsverfassungen aber, die der Verwaltung in den Gemeinden die Entscheidung aller wichtigen Dinge in die Hand geben, sind noch in Kraft. Dieser Zustand ist unhaltbar, das er- lennt man auf allen Seiten an. Zu seiner Beseitigung schlägt man aber verschiedene Wege ein. Die alte bürgerlich dressierte Bürokratie will aus ihrer Nachposition nicht heraus, sondern sucht sich im Gegenteil noch fester in den Sattel zu setzen. Was bis jetzt über diese Pläne bekanntgeworden ist, zeigt der Arbeiter- schaft mit aller Deutlichkeit, wo sie den Hebel anzusetzen hat, um die Gemeinderestruktur zu beseitigen. Die Gemeindevorläufer- und Verwaltungsreform ist denn auch der Hauptberatungsgegen- stand auf dem Städte- tag. Da in Stuttgart die Oberbürgermeister, Bürgermeister und andere Magistratspersonen die gesamte Or- ganisation in der Hand haben, werden sie den Städte- tag diesmal zu ihren Gunsten auszunutzen suchen. Schon die Dreigliederung des Städte- tages läßt eine Opposition, die durchdringen könnte, schwer auskommen. Neben dem aus Vertretern sich zusammen- setzenden Städte- tag, der aller vier Jahre tagen soll, besteht ein Hauptauschuß, dem neben Bürgermeistern und Magistratsmit- gliedern auch einige Stadtverordnetenvorsicher angehören. Der Vorstand selbst besteht nur aus ein paar Oberbürgermeistern großer Städte. Bei einem solchen Aufbau und einer solchen Zu- sammensetzung ist es bisher selbstverständlich, daß keine oppo- sitionellen Elemente aufkommen konnten. Die Vertreter der Bürokratie haben nun das größte Interesse daran, daß ihre

Die Militärenten gegen das Berliner Wachregiment?

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Berliner Morgenblätter der Rechtspresse wollen aus bestun- terqueter Quelle erfahren haben, daß die interalliierte Militär- kontrollkommission an dem in Berlin garnisonierenden Wachregiment Anstoß genommen und dessen Auflösung im Rahmen der Durchsührung der Entwaffnungsbedingungen des Ultimatums ge- fordert hat, denn sie steht in ihm eine im Friedensvertrage nicht vorgesehene und daher nicht erlaubte Formation. Dergleichen soll die Kommission die auf dem Truppenübungsplatz geplanten größ- ten Truppenübungen der Reichswehr beanstandet und ihre Nicht- abhaltung gefordert haben.

Offiziell ist, nach Mitteilung der Deutschen Zeitung, an zu- vörderster Stelle weder von einem schriftlichen noch einem münd- lichen Verlangen der interalliierten Kommission in dem oben an- gedeuteten Sinne etwas bekannt.